

PRISM und TEMPORA Dringender Anlass zu einer Wertediskussion

Allzu gern wird dieser Tage die anscheinend unkontrollierte Datensammlung von Geheimdiensten in einem Atemzug mit datenbasierten Geschäftsmodellen der Online-Werbewirtschaft genannt und mit der Angst vor totaler Überwachung gespielt. Bei den Aktivitäten der Geheimdienste geht es um die Frage der Legitimität staatlichen Handelns. Dabei die Unternehmen der digitalen Wirtschaft in die Nähe von bereitwilligen Kumpanen staatlichen Ausspionierens zu rücken – wie von einigen Spitzenpolitikern dieser Tage gemacht – ist falsch und fahrlässig. Nicht umsonst war die ursprüngliche Intention des Datenschutzrechtes der Schutz des Individuums im Verhältnis zum Staat, während heutzutage vor allem die privatrechtlichen Verhältnisse der Bürger untereinander oder der Bürger zu Unternehmen und umgekehrt im öffentlichen Schlaglicht stehen. Dies zeigt sich auch in den politischen Debatten: Die europäische Datenschutzgrundverordnung zielt auf den privatrechtlichen Umgang mit Daten. Die Frage, welche Daten der Staat nutzen darf, wird nicht mehr auf der öffentlichen Bühne diskutiert und bestimmt.

Unbestritten hilft die Datenanalyse von Nutzungsverhalten bei der Weiterentwicklung von Online-Diensten und der Refinanzierung von Inhalten und Services mittels Werbung. Die unter dem Buzz-Wort „Big Data“ firmierenden Anwendungen sind für die Geschäftsmodelle der digitalen Wirtschaft wichtig und ermöglichen eine intelligente Datennutzung, die letztlich auch der Qualität der digitalen Angebote zugutekommt. Und sie arbeiten auf einer klaren Rechtsbasis, die die personenbezogenen Daten und damit die Nutzer schützt.

Was dagegen die genannten Geheimdienste wie NSA, GCHQ und möglicherweise auch der BND offensichtlich massenhaft betreiben, beruht augenscheinlich auf einem sehr eigenen Verständnis von „Big Data“ – und hat mit einer legitimen Datennutzung nichts mehr zu tun. Sehr zweifelhaft ist auch die rechtsstaatliche Grundlage dieses Vorgehens – und letztlich ist es im Fall der NSA und des GCHQ ein Angriff auf nicht-amerikanische bzw. nicht-britische Nutzer und damit auf fundamentale Werte unserer (kontinental-)europäischen und insbesondere deutschen Gesellschaft, die sehr bewusst die informationelle Freiheit des Individuums manifestiert hat.

Zu Zeiten der Volkszählung in den 1980er Jahren vermuteten die Menschen durch die gesetzlich angeordnete Erhebung statistischer Bevölkerungsdaten einen Angriff auf ihre Privatsphäre und gingen auf die Straße. Bei den Spionage-Skandalen PRISM und TEMPORA bleibt die Reaktion überschaubar. Demonstrationen vor der NSA-Zentrale oder dem GCHQ-Hauptquartier dürften für die deutsche und europäische Öffentlichkeit nicht das Mittel der Wahl sein. Sich dem Internet zu entziehen, ist ebenfalls keine realistische Option. Die Nutzer werden auch weiterhin die Angebote US-amerikanischer Internetkonzerne nutzen. Die sog. Lock-in Effekte der globalen digitalen Ökosystemen sind bereits so stark, dass es kaum Ausweichbewegungen geben wird, da die Nutzer schlicht nicht wechseln wollen bzw. können. Ein Run auf vergleichbare deutsche oder europäische Angebote ist nicht zu erwarten – zum Teil auch deswegen, weil es in Deutschland und Europa einfach keine adäquaten Angebotsalternativen gibt.

Wenngleich die Folgen für die Nutzung des Internets überschaubar bleiben dürften, ist die politische Gefahr evident, dass eine integere Branche im Wahlkampfgetöse diskreditiert wird, obwohl mit der digitalen Wirtschaft gleichzeitig umfängliche ökonomische Wachstumseffekte

verbunden sind: Bereits heute entfällt ein Viertel des Wachstums des BIP auf die digitale Wirtschaft. Daher müssen grundsätzliche Fragen wie die nach einer möglichst global gültigen Regelung für den Umgang mit Daten undogmatisch und an der Sache orientiert beantwortet werden. Dabei brauchen wir auch ein neues Verständnis von Daten: Daten sind der volkswirtschaftliche Rohstoff des 21. Jahrhunderts – und nicht jedes Informationsschnipsel ist mit einem personenbezogenen Datum wie einer E-Mailadresse oder der Personalausweisnummer gleichzusetzen. Neben dem Schutzaspekt bei der Datennutzung brauchen wir also auch ein klares Konzept einer nachhaltigen und übergreifenden Datenpolitik, die das Verständnis für den gesellschaftlichen Nutzen der Datenverarbeitung ebenso fördert wie die Sensibilisierung für den verantwortlichen Umgang mit personenbezogenen Daten.

Wir müssen in Europa erkennen, dass Datenschutz im Sinne einer Datenpolitik mittlerweile ein standortpolitisches Thema geworden ist. Dieser Sachverhalt kommt derzeit in der Debatte um ein vereinheitlichtes europäisches Datenschutzrecht noch zu kurz. Für den europäischen Binnenmarkt und die Sicherheit der Nutzer wird es entscheidend darauf ankommen, dass in der EU für außereuropäische und europäische Anbieter das gleiche Recht gilt. Ein solches Level-Playing-Field ist nicht nur wirtschaftlich erforderlich, sondern stärkt auch die Position des europäischen Standorts im internationalen Wettbewerb.

Nur ein belastbarer internationaler Rechtsrahmen hilft, das Vertrauen in die Internetwirtschaft nachhaltig zu stärken. Und nur auf dieser Grundlage kann die politische Idee einer gemeinsamen Freihandelszone zwischen Europa und den USA auch für die digitale Wirtschaft erfolgreich werden.

Dieses Vertrauen in den Rechtsraum und das von den Unternehmen der digitalen Wirtschaft täglich neu zu gewinnende Vertrauen der Nutzer darf aber nicht durch staatliches Handeln konterkariert werden. Erst recht nicht von Staaten, die das demokratisch erkämpfte Freiheitsideal als unverzichtbaren Wert von Verfassungsrang festgeschrieben haben. Diese demokratischen Werte werden durch das Vorgehen der NSA und des GCHQ allerdings massiv untergraben und infrage gestellt. Wenn sie einer wie auch immer definierten nationalen Sicherheit geopfert werden – worin unterscheiden sich solche Staaten dann noch von autoritären Systemen?

Was zeigt uns das Ganze? Es bedarf dringend einer breiten, öffentlich und vor allem international geführten Wertediskussion. Auch wenn anlässlich des Besuchs von Präsident Obama in Berlin die „Netzgemeinde“ über Angela Merkels Ausspruch vom „Neuland Internet“ gelächelt hat, hat sie an der Stelle recht. Hinsichtlich dringend notwendig, gemeinsamer internationaler Rechtsstandards in einer digitalen Welt betreten auch wir Neuland. Bekanntes Terrain sind dagegen die Geschäftsmodelle der digitalen Wirtschaft – deren erlaubte und legale Datennutzung in einen Topf mit dem mehr als zweifelhaften Vorgehen von NSA und GCHQ zu werfen, schadet der Innovationsfähigkeit des Standorts und somit der Zukunftsfähigkeit der digitalen Wirtschaft in Deutschland und Europa.

Autor:

Thomas Schauf
Leiter Europa und Internationales

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.
Berliner Allee 57, 40212 Düsseldorf
Tel: +49 211 600456-16, E-Mail: schauf@bvdw.org
www.bvdw.org

Über den BVDW

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist die Interessenvertretung für Unternehmen im Bereich interaktives Marketing, digitale Inhalte und interaktive Wertschöpfung. Der BVDW ist interdisziplinär verankert und hat damit einen ganzheitlichen Blick auf die Themen der digitalen Wirtschaft. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, Effizienz und Nutzen digitaler Medien transparent zu machen und so den Einsatz in der Gesamtwirtschaft, Gesellschaft und Administration zu fördern. Im ständigen Dialog mit Politik, Öffentlichkeit und anderen Interessengruppen stehend, unterstützt der BVDW ergebnisorientiert, praxisnah und effektiv die dynamische Entwicklung der Branche. Die Summe aller Kompetenzen der Mitglieder, gepaart mit den definierten Werten und Emotionen des Verbandes, bilden die Basis für das Selbstverständnis des BVDW. Wir sind das Netz.